



# **WORTPROTOKOLL**

**der 3. Sitzung der  
XIX. Gesetzgebungsperiode  
des  
Burgenländischen Landtages**

**Dienstag, 6. Dezember 2005**

**10.07 Uhr - 10.52 Uhr**

## **Tagesordnung**

*Erklärung des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2006*

## **Inhalt**

### **Landtag**

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 100)

### **Landesregierung**

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut **B i e l e r** (S. 101)

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 100)

### **Beginn der Sitzung: 10 Uhr 07 Minuten**

**Präsident Walter Prior:** Ich e r ö f f n e die 3. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 2. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landtagsabgeordneter Ernst Schmid entschuldigt.

Ich ersuche nun die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Frau Abgeordnete.

### **Mitteilung des Einlaufes**

**Schriftführerin Andrea Gottweis:** Einlauf für die 3. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Dienstag, dem 6. Dezember 2005.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2005 (Zahl 19 - 12) (Beilage 12);
2. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2006 (Zahl 19 - 13) (Beilage 13);
3. Beschlussantrag über die Kenntnisnahme des Finanzplanes des Landes Burgenland für die Jahre 2006 bis 2010 (Zahl 19 - 14) (Beilage 14);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Landesumlagegesetz geändert wird (Zahl 19 - 15) (Beilage 15);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird (Zahl 19 - 18) (Beilage 18);
6. Gesetzentwurf, mit dem das Landes-Gleichbehandlungsgesetz geändert wird (Zahl 19 - 19) (Beilage 19).

Weiters sind ein selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Zahl 19 - 20) (Beilage 20) und

Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes

1. betreffend die widmungsgemäße Verwendung und Wirksamkeit der vom Land gewährten Förderungsgelder an gemeinnützige Bauvereinigungen (Zahl 19 - 16) (Beilage 16);

2. betreffend die Prüfung der Förderungen des Landes und der WiBAG an 26 Unternehmen (Zahl 19 - 17) (Beilage 17)

sowie eine Petition der Gemeinde Strem auf finanziellen Ausgleich - Kindergartenbus (E 4) eingelangt.

**Präsident Walter Prior:** Danke Frau Abgeordnete. Die Zuweisungen werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, vornehmen.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung befindet sich nur ein Punkt, und zwar ist dies die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2006.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall, wir gehen in die Tagesordnung ein.

**1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2006**

**Präsident Walter Prior:** Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2006.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Helmut Bieler (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Konstituierung des neuen Landtages am 25. Oktober dieses Jahres hat die XIX. Legislaturperiode im Burgenland begonnen. Die Zusammensetzung des neuen Landtages spiegelt das Wählervotum vom 9. Oktober wider.

Elf Abgeordnete sind erstmals in den Landtag eingezogen und haben neue Herausforderungen in ihrem Leben angenommen. Sie haben sich entschieden - und sind auch dafür gewählt worden - Verantwortung für das Burgenland zu übernehmen, unser Land mitzugestalten und den weiteren Fortschritt unserer Region mitzutragen.

Gemeinsam wollen wir auf der Regierungsbank und Sie im Plenum das Beste für das Burgenland erreichen. Dazu gilt es, sich in den nächsten Jahren großen Herausforderungen zu stellen und auf Veränderungen gefasst zu sein.

Bei allen Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist es sinnvoll und notwendig, das Burgenland erfolgreich weiterzuentwickeln und zu modernisieren. Wir haben die Chance, unser Land als jene Region mit Lebensqualität zu erhalten, wie sie sowohl von den Burgenländerinnen und Burgenländern als auch von unseren Gästen geschätzt wird.

Wir wollen das Burgenland aber auch als eine Region im Zentrum Europas mit unverwechselbarer Identität, geprägt von kultureller Vielfalt und getragen von einem neuen Selbstbewusstsein der hier lebenden Menschen im erweiterten Europa positionieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Herausforderungen sind da. Gemeinsam werden wir sie auch annehmen. Europa verändert sich. Das Burgenland verändert sich. Jede Veränderung bringt große Neuerungen und noch größeren Veränderungsbedarf mit sich.

Durch die Ostöffnung und in noch stärkerem Maße durch den Beitritt unserer drei Nachbarstaaten Slowakei, Ungarn und Slowenien im Vorjahr haben sich für das Burgenland, das Jahrzehnte das Dasein an einer toten Grenze fristete, neue Chancen ergeben.

Wir sind mit dieser neuen Situation vorausblickend und verantwortungsvoll umgegangen und haben uns auf die Erweiterung sehr gut vorbereitet.

Im ersten Jahr der erweiterten EU haben wir mit unseren Nachbarn bereits viele gemeinsame staatenübergreifende Projekte umgesetzt. Wir sind hier auf dem besten Weg einer gedeihlichen Partnerschaft für die Zukunft.

Eine große Herausforderung für unser Land ist der Status der neuen Mitglieder als Ziel 1-Gebiete. Das heißt, wir müssen den Wirtschaftsstandort Burgenland absichern, um dieser erschwerten Wettbewerbssituation entgegentreten zu können.

Hohes Haus! Das Wirtschaftswachstum wird auch im heurigen Jahr trotz der EU-Erweiterung welt-, europa- und bundesweit niedrig bleiben. Gegenüber der Vorjahresprognose hat das WIFO die Werte um 0,5 Prozent auf 1,7 Prozent für 2005 reduziert. Laut Wirtschaftsforschern sind die Aussichten für 2006 äußerst unsicher.

Einer WIFO-Analyse zufolge wirken die hohen Energiepreise dämpfend auf das Wirtschaftswachstum. Sie steigern die Inflationsrate, senken die Exportraten und drücken die Konsumnachfrage der privaten Haushalte.

Die anhaltende Wirtschaftsflaute und der steigende Wettbewerbsdruck innerhalb Europas wirken sich dementsprechend auf die Arbeitslosigkeit aus. Eine traurige Bilanz im heurigen Jubiläumsjahr zeigt, dass wir im Oktober die höchste Arbeitslosenrate in der Zweiten Republik haben.

Im Burgenland stellen die Grenzgänger ein Problem dar. In den vergangenen fünf Jahren hat sich ihre Zahl vervierfacht. Hier muss es zu einer Senkung kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine große Belastung für den Landeshaushalt sind die zusätzlichen Finanzierungsaufgaben, die der Bund auf die Länder abwälzt. Die Länder wären zur Übernahme weiterer Aufgaben bereit, aber nur unter der Voraussetzung, dass auch die adäquaten finanziellen Mittel dafür weitergegeben werden.

Ich möchte hier lediglich an zwei Beispielen demonstrieren, wie der Bund Kosten auf die Länder abwälzt:

Im Finanzausgleichsgesetz 2005 wurde vereinbart, dass der Bund 50 Prozent der Besoldungskosten für die land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer ersetzt. Das wären laut Landesvoranschlag für 2006 rund 1,4 Millionen Euro. Das Landwirtschaftsministerium teilte jedoch Anfang November mit, dass nur ein maximaler Betrag von rund 0,8 Millionen Euro für das Burgenland zur Verfügung gestellt werde.

Wir können diese Vorgangsweise der schleichenden Kostenabwälzung nicht hinnehmen und werden - wenn notwendig - die erforderlichen rechtlichen Schritte dagegen einleiten.

Ein weiteres Beispiel betrifft die Kostenverteilung im öffentlichen Personennahverkehr.

In der Vergangenheit war es so, dass der Bund bei derartigen Projekten 50 Prozent des Abgangs getragen hat. Heuer beträgt die Förderung nur mehr 33 Prozent. Der Verkehrsminister hat bereits mitgeteilt, dass es für neue Projekte seitens des Bundes überhaupt kein Geld mehr geben wird. Damit sind viele Projekte, die bereits geplant sind, gefährdet.

Und es gibt noch viele Beispiele wie der Bund im Wege des „grauen Finanzausgleichs“ immer mehr Kosten auf die Länder abwälzt!

Eine große Herausforderung für diese Landesregierung ist nach wie vor die Privatisierung der Bank Burgenland. Nachdem eine Lösung in den letzten beiden Jahren nicht möglich war, können wir nun nach den Wahlen beziehungsweise nach der neuerlichen Ausschreibung mit einem positiven Abschluss des Verkaufs rechnen.

18 Bieter aus der nationalen und internationalen Finanzwelt haben ihr Interesse bekundet. Morgen läuft die Frist zur Abgabe der indikativen Angebote ab. Hoffen wir, dass sich die Vorkommnisse während des Wahlkampfes nicht negativ auf die Höhe der Angebote auswirken und wir zu einer raschen Privatisierung der Bank Burgenland kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! In diesem wirtschaftlich sehr schwierigen Umfeld ist es notwendig, die Kräfte zu bündeln, wenn wir unser Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden, erreichen wollen. Ich möchte mit Nachdruck darauf hinweisen, dass es bei stagnierender Einnahmenentwicklung beziehungsweise Kostenübertragung aus anderen Bereichen immer schwieriger wird, ausgeglichen zu budgetieren.

Die stärker steigende Ausgabenseite fordert uns, alle Einsparungspotentiale in der Verwaltung und im Betrieb zu nutzen. Unter diesem Aspekt haben sich Bund und Länder geeinigt, im Zuge der Verwaltungsreform bis zum Jahr 2010 insgesamt knapp 15.000 Dienstposten einzusparen.

Für das Burgenland würde dies pro Jahr eine wesentliche Reduktion von Planstellen bedeuten, was durch Nicht-Nachbesetzung von Dienstposten erreicht werden soll.

Wir werden daher viele Schritte zu einer schlankeren und effizienteren Verwaltung setzen müssen. In Folge möchte ich einige Beispiele herausheben.

1. Mit der Schaffung einer Bildungsdirektion, die auch in der Kooperationsvereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP enthalten ist, werden Mehrfachkompetenzen und Doppelgleisigkeiten in der Schulverwaltung eingestellt. Klare Strukturen sowie mehr Effizienz im heimischen Bildungswesen bringen mehr finanzielle Möglichkeiten für eine Verbesserung des Unterrichts und der Ausbildung.

2. Ein weiterer Schritt im Modernisierungsprozess der öffentlichen Verwaltung wird die Schaffung einer Baudirektion sein. Hier soll es durch eine Zusammenführung und Steuerung gleichartiger Abläufe mit Hilfe der Kostenrechnung zu einer Bündelung der Strukturen kommen.

Nach bereits in anderen Bundesländern praktizierten Modellen, soll eine gemeinsame Verwaltung von Straßen- und Güterwegebau auch im Burgenland realisiert werden. Eine sinnvolle Nutzung von Synergien wie gemeinsame Bauhöfe und Meistereien, gemeinsame Fuhr- und Maschinenparks sowie eine umfassende Personalbewirtschaftung inklusive Personalverrechnung sollen Kostenersparnisse und moderne Organisationsstrukturen bringen. Über die Bildung einer Baudirektion konnte in der Kooperationsvereinbarung leider keine Einigung erzielt werden.

3. Zur besseren Koordination und einem abgestimmten Marketing ist im Bereich des Burgenland Tourismus die Errichtung einer Dachorganisation anzustreben. Durch eine Neuorientierung können Projekte besser abgestimmt werden, was mit dem Ziel einer Offensive zur Qualitätssicherung verbunden wird.

Dieser Dachverband kann gemeinsam mit den Tourismusverbänden auf sinnvollere Weise gemeinsame Ziele auch im Bereich der Produktentwicklung definieren und umsetzen. Eine Bündelung der Ressourcen und das Auftreten unter einer gemeinsamen Marke führt für das Tourismusland Burgenland zu einer besseren Positionierung und zu mehr Wettbewerbsfähigkeit innerhalb Österreichs.

4. Die Einigung zwischen Bund und Ländern über die zukünftige Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens hat eine Reihe von legislativen Maßnahmen notwendig gemacht. Unter anderem mussten bundesweit acht Gesetze novelliert werden. Zwei neue Gesetze wurden ausgearbeitet.

Auf Landesebene wurden eine Novelle des Burgenländischen Krankenanstaltengesetzes 2000 und die Erlassung eines neuen Gesetzes erforderlich.

Es ist vorgesehen, dass an die Stelle des Burgenländischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds (KRAFI) künftig der Burgenländische Gesundheitsfonds (BURGEF) tritt.

Der BURGEF nimmt die Aufgaben der Krankenanstaltenfinanzierung sowie erweiterte Aufgaben, wie Fragen der Planung, Steuerung und Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens, wahr.

Wesentliche Aufgabe der Gesundheitsplattform wird es sein, durch eine verbesserte Koordination zwischen dem Bereich der Krankenanstalten und dem extramuralen Bereich der Gesundheitsversorgung Einsparungspotentiale zu heben und damit eine optimale Betreuung der Bevölkerung auch in Zukunft zu sichern.

Um Ressourcen für notwendige Angebote freizumachen, sollen die bestehenden Strukturen genau überprüft und evaluiert werden, die Schaffung von Verbänden zwischen gleichen Abteilungen verschiedener Krankenanstalten soll künftig forciert werden. Dies soll die Qualität der angebotenen Leistungen sichern.



5. Auch im Sozialbereich müssen Strukturmaßnahmen gesetzt werden, um den hohen Standard an Unterstützung für die sozial schwächeren Teile unserer Bevölkerung auch in Zukunft abzusichern und zu verbessern.

6. Im Bereich der Landwirtschaftskammer ist eine längerfristige Evaluierung vor einer Fixierung weiterer Fördergelder notwendig. Vor dem Abschluss eines Fördervertrages mit entsprechender Förderhöhe muss dem Land daher Einsicht in das Budget, den Ist-Stellenplan sowie die Fördertätigkeit der Landwirtschaftskammer gewährt werden.

7. Ähnlich verhält es sich auch bei den landwirtschaftlichen Fachschulen, wo Einsparungspotentiale geortet wurden. Zurzeit kommen hier durchschnittlich auf einen Lehrer sieben Schüler.

8. Umstrukturierungen im EDV-Bereich sowie die schrittweise Ausdehnung einer effizienten Kostenrechnung auf weitere Teile der Verwaltung sollen zusätzliche Einsparungsmöglichkeiten bringen. Durchaus denkbar ist auch eine Ausgliederung und der Zukauf von Leistungen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den kommenden Jahren wird die Belebung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze die größte Herausforderung für die Landespolitik sein.

Durch eine aktive Wachstums- und Beschäftigungspolitik müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, damit das Burgenland als attraktiver Wirtschaftsstandort weiter bestehen bleibt und ausgebaut wird.

Der Herr Landeshauptmann hat bereits in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, dass die Ziel 1-Nachfolgeförderung eine der wichtigen Zukunftsfragen für unser Land sein wird. Die Nachhaltigkeit des bisherigen Strukturwandels wird unter anderem vom künftigen Förderstatus ab 2007 abhängen.

Solange es in der Europäischen Union keine Einigung über die EU-Finzen für die Periode 2007 bis 2013 gibt, kann nicht gesagt werden, ob das Burgenland nach 2006 eine Phasing in- oder Phasing out-Region sein wird. Deshalb kann auch über die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel für die künftige Kohäsionspolitik derzeit keine Aussage getroffen werden.

Daher ein 9. Schritt. Zusätzlich zur Ziel 1-Nachfolgeförderung haben wir in der Regierungsvereinbarung die Schaffung eines Burgenlandfonds (Arbeitstitel) zur verstärkten Wirtschaftsförderung abgeschlossen. Ziel ist es, dadurch neue Impulse für eine weitere Förderschienen aufzubauen. Mit der Einrichtung und Dotierung dieses Fonds beschäftigt sich derzeit eine Arbeitsgruppe.

Dazu ist es notwendig, eine steuerliche „Unternehmensgruppe Burgenland“ - Arbeitstitel: Burgenländische Landesholding GmbH (BLH) - unter Einbeziehung von Landesbeteiligungen zur Verwertung der steuerlichen Verlustvorträge zu gründen.

Hohes Haus! Eine der weiteren großen Herausforderungen für die Regierungsarbeit ist es, die Verkehrsströme durch unser Land entsprechend zu leiten. Wir können uns nicht davor verschließen, dass die Verkehrsentwicklung in Zukunft steigen

wird. Wir dürfen aber auch nicht den Kopf in den Sand stecken und nichts tun oder abwarten.

Seit der Ostöffnung hat der Verkehr in diese Richtung stark zugenommen. Im gleichen Zeitraum sind aber auch die KFZ-Zulassungen in Österreich um 33 Prozent gestiegen. Im Burgenland gibt es pro Kopf die meisten PKW. Diesen Entwicklungen muss mit entsprechenden Vorkehrungen begegnet werden.

In den letzten fünf Jahren wurden rund 350 Millionen Euro in den Ausbau und die Erhaltung des über 4.100 Betriebskilometer umfassenden Straßennetzes im Burgenland investiert. Dabei stehen der Menschen- und Naturschutz, die Entlastung der Anrainer in den Gemeinden aber auch die Verkehrssicherheit und der Fahrkomfort an erster Stelle.

Der Straßenbau stellt nicht nur die notwendige Infrastruktur für die Wirtschaft bereit, sondern schafft und sichert auch Arbeitsplätze. Wir benötigen ein leistungsfähiges Verkehrsnetz für eine optimale Erreichbarkeit der Region und zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes. Das Burgenland als ländliche Region braucht gute Verbindungen.

Großprojekte wie die im Bau begriffene A 6 - die Spange Kittsee, die Weiterführung der S 31 in beide Richtungen, die Anbindung der A 3 an den Grenzübergang Klingenbach und die S 7 im Süden des Landes werden viel zur Bewältigung der Verkehrsströme beitragen und zu Entlastungen der Ortskerne führen. Die Landesregierung bekennt sich zum Ausbau dieser für das Land wichtigen Straßenverbindungen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! In enger Verbindung mit dem Straßenverkehr steht der öffentliche Verkehr. Durch die Errichtung neuer und den Ausbau bestehender Park-and-ride-Anlagen sowie von Taktknoten im Bus- und Bahnbereich wird das Service für die Pendler ständig verbessert.

Das Land bekennt sich ebenfalls zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Eine vor kurzem in Angriff genommene Mitfinanzierung des Landes an neuen Eisenbahngarnituren zeigt, dass sich das Burgenland für eine Verbesserung in diesem Bereich vehement einsetzt.

Die Bereitschaft, wichtige Bahnprojekte wie etwa den Bau der Schleife Eisenstadt, die Verbindung Oberwart-Szombathely sowie die Elektrifizierungen der Strecken Deutschkreutz-Neckenmarkt und Neusiedl-Eisenstadt-Wulkaprodersdorf vorzufinanzieren beziehungsweise die Verdopplung der Gelder für den öffentlichen Verkehr seit dem Jahre 2000 stehen zusammen mit den Planungen im Straßenbereich für vorausschauende Lösungen im Personen- und Güterverkehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Burgenland wird auch in Zukunft auf die intensive Nutzung erneuerbarer Energie setzen. Das Europäische Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing hat sich als eine europa- und weltweit anerkannte Forschungseinrichtung etabliert.

Im Sinne einer umweltschonenden Energieversorgung des gesamten Landes mit den Schwerpunkten Biomasse im Süden und Windkraft im Norden wird die Nutzung erneuerbarer Energie weiter mit dem ambitionierten Ziel forciert, in einigen Jahren den Gesamtstrombedarf im Burgenland aus erneuerbarer Energie abdecken zu können.

Wenn in Güssing Biodiesel und Biogas erzeugt wird, ist dies nicht nur ein immens wichtiger Beitrag zu einem aktiven Umweltschutz, sondern vor dem Hintergrund der stark ansteigenden Preise für fossile Rohstoffe eine Lösung von Abhängigkeiten hin zu einem im Energiebereich autarken Burgenland.

Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz sind uns wichtige Anliegen in der Verkehrs- und Energiepolitik. Dies gilt in noch größerem Ausmaß für die Landwirtschaft.

Das Bekenntnis zu einer gentechnikfreien Biolandwirtschaft wird auch in den kommenden Jahren ein entscheidender Faktor der burgenländischen Agrarpolitik sein. Die Verstärkung der Qualitätsproduktion und gemeinsame Vermarktungsstrategien sollen dem Stellenwert der Landwirtschaft Rechnung tragen.

Eine geordnete Abwasserentsorgung, die Sicherung einer ausreichenden Wasserqualität der Fließgewässer sowie weitere Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Wiederverwertung werden auch in Zukunft die Bewahrung einer intakten Umwelt gewährleisten.

Zum Landschaftsschutz gehört aber auch die Wasserstandssicherung des Neusiedler Sees. Mit einer notwendigen Seedotierung soll eine ökodynamische Rehabilitierung des Sees erreicht werden. Die Kosten dafür können jedoch nur durch eine Sonderfinanzierung mit Hilfe der EU und des Bundes bedeckt werden. Im Budget ist daher für die Projektierung und Planung vorgesorgt. *(Beifall bei der SPÖ und des Abg. Kurt Lentsch)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Wichtige Impulse für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen gehen von der Wohnbauförderung aus. Sie ist ein wesentlicher Motor für die burgenländische Wirtschaft. Die vergebenen Fördermittel lösen das Vierfache an Investitionen aus, die indirekt auch in Betriebe des Bau- und Baunebengewerbes fließen.

Durch die Leistbarkeit von Bauen und Wohnen im Burgenland für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen ist sie auch ein soziales Instrument, das vielen Familien und jungen Menschen zugute kommt. Es wird besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, dass die Wohnbauförderung in größtmöglichem Ausmaße erhalten bleibt.

Wir haben uns daher entschlossen, lediglich die Darlehen der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zu verkaufen.

Hohes Haus! Durch den Ausbau der Thermen im Mittel- und Südburgenland konnte sich unser Land nachhaltig als Gesundheits- und Wellnessdestination positionieren. Die Thermen stellen jene touristischen Leitbetriebe dar, in deren Umfeld andere Wirtschaftsbetriebe entstanden sind beziehungsweise ausgebaut werden konnten.

Ein ganzjähriges Angebot von höchster Qualität und Modernität zeichnet den burgenländischen Tourismus heute aus. Die Kombination mit dem Produkt Wein, einer intakten Umwelt sowie vielfältigen Sport-, Freizeit- und Kulturangeboten hat das Burgenland zu einem äußerst interessanten Urlaubs-, Sport- und Kulturland gemacht.

Im kommenden Jahr ist der Neusiedler See Schauplatz der Internationalen Segel-Weltmeisterschaften. Tausende Sportlerinnen und Sportler, Besucherinnen und Besucher werden in das Burgenland kommen. Die Wirkung nach außen wird für unser Land von großer Bedeutung sein.

Bekannt wird die Region um den Neusiedler See vor allem auch durch die zurzeit laufende Produktion der Fernsehserie „Der Winzerkönig“ werden. Das Land ist mit 650.000 Euro an der Finanzierung beteiligt. Dadurch wird eine nachhaltige Verankerung unseres Landes im Bewusstsein vieler Menschen im deutschsprachigen Raum stattfinden. Projekte wie diese stehen für die neuen Wege in der Bewerbung unseres Landes.

An die 2,5 Millionen Nächtigungen sind die Bestätigung für den eingeschlagenen Weg. Wir dürfen uns aber nicht zurücklehnen, sondern müssen das Konzept „Zukunftsstrategie Burgenland-Tourismus 2010“ umsetzen. Ich spreche hier in erster Linie eine Ausweitung der Tourismusoffensive auf Kleinbetriebe an. Hier ist eine Qualitätssteigerung möglich und auch notwendig.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Jahr 2006 wird wie in den letzten Jahren einen Schwerpunkt in der Sicherung und dem Ausbau der Gesundheitsversorgung für die Burgenländerinnen und Burgenländer haben. Das Burgenland bekennt sich zur Notwendigkeit einer sozial ausgewogenen Gesundheitsreform.

Das Gesundheitsangebot in den burgenländischen Krankenanstalten wird künftig um jene Bereiche erweitert, die wir für eine qualitativ hochwertige Versorgung brauchen.

Ziel der Gesundheitspolitik ist beste medizinische und pflegerische Betreuung sowie Behandlung für alle Burgenländerinnen und Burgenländer.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Gesundheitsvorsorge. Die seit Jahren bewährte Dickdarmvorsorge wird 2006 flächendeckend im gesamten Burgenland angeboten werden. Mit einer Ausweitung des Vorsorgeprojektes „Diabetesschulung Burgenland“ soll der Kampf gegen diese gefährliche Zivilisationskrankheit verstärkt werden. Brustkrebs ist die meist verbreitetste Krebserkrankung bei den burgenländischen Frauen. Das Vorsorgeprojekt „Brustzentrum Pannonia Süd“ wird 2006 in den Bezirken Jennersdorf und Güssing erstmals in Österreich flächendeckend ein Brustscreening ermöglichen.

Eine Reihe von zusätzlichen finanziellen Belastungen, wie die Zivildienstreform, eine Nachzahlung und Erhöhung des Verpflegungsgeldes, neue Kollektivverträge und Ähnliches, machten es notwendig, den Rettungsbeitrag ab dem Jahr 2006 neu festzulegen beziehungsweise zu erhöhen. Schon vor den Verhandlungsrunden ist das Land Burgenland mit 750.000 Euro helfend eingesprungen, um die finanzielle Situation des Roten Kreuzes abzusichern.

Viele Verhandlungsrunden waren notwendig, bis die Vertragspartner Land, Städte und Gemeinden dem Roten Kreuz eine Erhöhung von mehr als 40 Prozent zugestanden haben. Dadurch ist klargestellt, dass die flächendeckende Versorgung des Burgenlandes im Rettungs- und Krankentransportbereich sowie im Notarztwesen gesichert ist.

Darüber hinaus ist der Einsatz der Flugrettung für das Südburgenland durch zusätzliche 600.000 Euro im kommenden Budget des Landes gewährleistet.

Im Sozialbereich gilt es, für eine bestmögliche Versorgung zu sorgen und andererseits punktgenau auf die Bedürfnisse der Menschen zu reagieren. Um den sehr hohen Anteil an Angehörigenpflege im Lande zu erhalten, müssen die Pflegenden

unterstützt werden. Mit dem sukzessiven Aufbau der Seniorentagesbetreuung soll ein qualitatives Angebot für an Demenz Erkrankte geschaffen werden.

Eine burgenlandweite Etablierung von Hospiz- und Palliativteams sichert Sterbenden und chronisch Kranken den Verbleib in der häuslichen Umgebung so lange wie möglich und begleitet beziehungsweise unterstützt die Angehörigen.

Durch die Änderungen der familiären Strukturen steigt die Anzahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte. Gerade ältere Menschen können so leicht in Gefahr kommen, zu vereinsamen. Mit der Förderung von Seniorenorganisationen und spezifischen Seniorenprojekten können Aktivitäten ermöglicht werden, die der Vereinsamung älterer Menschen in der Gesellschaft entgegenwirken.

Zur Verfügung stehende Plätze in Altenwohn- und Pflegeheimen werden ständig an den Bedarf der Burgenländerinnen und Burgenländer angepasst. In vielen kleinen Schritten soll aber andererseits auch das Altwerden in den eigenen vier Wänden möglich gemacht werden.

Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche werden 2006 zu den wichtigsten politischen Zielen der burgenländischen Sozialpolitik gehören. Ebenso wichtig wird die Qualifizierung von Burgenländerinnen und Burgenländern sein, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Bildung und Qualifikation sind auch in Zukunft zentrale Komponenten einer vorausblickenden Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen in diesem Bereich unsere engagierte Politik der letzten Jahre fortsetzen und forcieren.

Das Burgenland verfügt über eine vielfältige Bildungslandschaft, eine dichte und hochwertige schulische Infrastruktur und ein breites Weiterbildungsangebot. Dieses qualitätsvolle und für alle zugängliche Bildungsangebot gilt es zu sichern und weiterzuentwickeln.

Unser Land hat aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Bevölkerungsstruktur gute Chancen, sich an der Drehscheibe von drei Sprachgrenzen innerhalb der Europäischen Union zu positionieren. Daher ist es für uns wichtig, dieses Potential zu nutzen und sinnvoll einzusetzen.

Die Ausbildung muss in Hinblick auf die Chancen am Arbeitsmarkt berufsorientiert gestaltet werden. So haben wir in den Fachhochschulstudiengängen in Eisenstadt und Pinkafeld die Möglichkeit zum berufsbegleitenden Studieren eingeführt. Praxisnahe Ausbildung im höherqualifizierten Bereich ist ebenso wichtig wie die duale Lehrlingsausbildung, damit die jeweiligen AbsolventInnen den Anforderungen der Arbeitswelt entsprechend begegnen können.

Mit den veranschlagten Geldmitteln wird die Forcierung des dualen Ausbildungssystems in Betrieb und Schule gewährleistet. Sie steht für Erfolg und Verlässlichkeit in unserem Wirtschaftssystem, jedoch ist es weiter notwendig, das Image der Lehre in der Gesellschaft zu heben. Wenn man bedenkt, dass 50 Prozent der burgenländischen Betriebsinhaber eine Lehre absolviert haben, so ist das ein Beweis, dass die Lehre keine „berufliche und bildungspolitische Einbahnstraße“ ist.

Dem Wandel der Gesellschaft hin zum lebensbegleitenden Lernen ist auch in der Erwachsenenbildung Rechnung zu tragen. Wir müssen dafür sorgen, dass das bisher erreichte Niveau erhalten und ausgebaut wird.

Hohes Haus! Im Burgenland konnten in den vergangenen Jahren in der Familienförderung nachhaltige Meilensteine mit den zur Verfügung gestellten Familienleistungen gesetzt werden. Deshalb wollen wir auch in Zukunft unser Ziel, den Familien möglichst gute Rahmenbedingungen zu bieten, weiter verfolgen.

Wir stehen in der Familienpolitik auf Grund der gesellschaftlichen Veränderungen immer wieder vor neuen Herausforderungen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Ausbau und die Verbesserung der Kinderbetreuung, günstigere Bedingungen für Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher, das Miteinander der Generationen sowie die Fortführung der familienfördernden Maßnahmen werden Schwerpunkte der Familienpolitik der nächsten fünf Jahre sein.

Mit 98 Prozent Betreuungsquote bei den 3 bis 5-Jährigen liegt das Burgenland im Spitzenfeld Österreichs. Die Novelle des Kindergartengesetzes schafft die Möglichkeit bedarfsgerechte und flexible Lösungen für die Kinderbetreuung anzubieten.

Eine qualitätsvolle Kinderbetreuung bedingt auch die Forcierung der Mehrsprachigkeit bereits im Kindergartenalter. Das Budget 2006 nimmt darauf Rücksicht.

Damit können wir die Lebensqualität der Familien in unserem Land unterstützen und verbessern, sowie unser Land familien- und kinderfreundlicher gestalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Einen immer größeren Stellenwert in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nehmen Frauenpolitik und Fragen der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ein. Das Frauenbüro wird sich in Hinkunft verstärkt um günstigere Rahmenbedingungen für Frauen mit oder ohne Familie bemühen, damit sie eine eigenständige Existenz gründen können. Nur dadurch können nachhaltige Verbesserungen der Lebenssituationen von Frauen geschaffen werden.

Aufbauend auf den bisherigen Arbeitsschwerpunkten des Frauenbüros sollen in den kommenden Jahren Projekte und Initiativen für eigenständige Existenzsicherung, für gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, für gleichen Lohn bei gleichwertigen Tätigkeiten, für familiengerechte Arbeitszeiten und für Vereinbarkeit von Familie und Beruf umgesetzt werden.

Durch die Einrichtung des Gender-Mainstreaming-Kompetenzzentrums und den Start der Gender-Mainstreaming-Projekte werden weitere Implementierungsvorhaben in Richtung einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern gesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Konsumentenschutz ist heutzutage ein Gebot der Stunde und spielt in alle Lebensbereiche hinein. Aufgrund dieser Tatsache, sowie zahlreicher Fragen und Beschwerden von Konsumentinnen und Konsumenten steigt der Bedarf an objektiver und zeitgerechter Beratung und Information.

Aus diesem Grund hat das Land Burgenland in den letzten fünf Jahren eine ganze Reihe von Initiativen in diesem Bereich, wie beispielsweise die Einrichtung einer Mieterberatung, die Einsetzung einer Ombudsfrau für Bankkunden, den weiteren Ausbau

der Beratungsleistungen in der Schuldnerberatung, sowie zahlreicher präventiver Maßnahmen gesetzt.

Hohes Haus! Starke Impulse für Wirtschaft und Tourismus geben die Festivals des Burgenländischen Kultursommers. Erst vor kurzem habe ich beim Europäischen Forum Alpbach im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Kultur und Wirtschaft“ in Innsbruck über die wirtschaftlichen Effekte der Festivals referiert.

Aus den Ergebnissen einer Studie, die von den Seefestspielen Mörbisch, den Haydnfestspielen Eisenstadt und den Schlosstheatern Kobersdorf beim Fachhochschulstudiengang für Internationale Wirtschaftsbeziehungen in Auftrag gegeben wurde sowie aus Angaben anderer Veranstalter können Investitionen und Folgeinvestitionen abgeleitet werden. Demnach lösen die größten Veranstaltungen im Burgenland eine Umwegrentabilität von etwa 100 Millionen Euro pro Jahr aus.

Das Burgenland verfügt über ein breites Netz an großen und kleinen Kulturveranstaltern und Initiativen. Unzählige Vereine leisten unbezahlbare Arbeit dafür, damit unser Land lebenswert bleibt und sich unsere Gäste hier wohlfühlen.

Kunst aus dem Burgenland ist schon lange kein Geheimtipp mehr. Viele Künstlerinnen und Künstler haben sich bei uns niedergelassen und gestalten so das Burgenland als Region mit, wo moderne Kunst einen besonderen Stellenwert hat. Dem werden wir auch in Hinkunft Rechnung tragen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Schwerpunkte für die Dorferneuerung im Sinne einer Lokalen Agenda 21 für die nächsten 5 Jahre haben sich an den gewandelten Gegebenheiten des ländlichen Raumes zu Beginn des 3. Jahrtausends zu orientieren.

Dabei sollen selbstverständlich wertvolle Relikte aus der Vergangenheit, wie Bauten, Traditionen und Strukturen erhalten werden, aber der Blick muss nach vorne gerichtet sein und zwar nicht so, dass der ländliche Raum ausgeräumt und ausgehungert wird, sondern derart, dass sich unsere Kinder und Enkelkinder über viele Generationen hinaus in unseren Dörfern wohlfühlen und dort leben und wirtschaften können.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich für die neue Legislaturperiode große Ziele gesteckt. Wir können auf der guten Arbeit der vergangenen Jahre aufbauen, haben jedoch viele Reformvorhaben umzusetzen.

Ich kann Ihnen heute einen ausgeglichenen Landesvoranschlag präsentieren, weise aber zugleich darauf hin, dass es in Zukunft immer schwieriger sein wird, ausgeglichene Budgets zu erstellen.

Während sich auf der einen Seite die Einnahmenentwicklung aus den Ertragsanteilen eher stagnierend darstellt, müssen wir andererseits laufend steigende Kosten vor allem im Personal sowie im Gesundheits- und Sozialbereich kompensieren.

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2006 liegt Ihnen vor und Sie haben die Möglichkeit den Entwurf ausführlich zu studieren. Die Details dieses großen Zahlenwerkes stehen für die Regierungsarbeit des nächsten Jahres. Sie im Einzelnen hier vorzutragen wäre nicht zielführend.

Die wichtigsten Eckdaten sollen dennoch kurz dargestellt werden:

Das Burgenland peilt wie in den Jahren zuvor ein ausgeglichenes Budget an. Der ordentliche Haushalt weist sowohl Einnahmen als auch Ausgaben in der Höhe von insgesamt 878,7 Millionen Euro auf. Die Einnahmen und Ausgaben im außerordentlichen Haushalt betragen jeweils 23,5 Millionen Euro.

Folglich weist der Gesamthaushalt für 2006 Einnahmen und Ausgaben von je 902,2 Millionen Euro aus. Die Fondsgebarung ist mit Einnahmen und Ausgaben von je 6,7 Millionen Euro ebenfalls ausgeglichen.

Das Burgenland wird im heurigen Jahr das Maastricht-Ergebnis laut Stabilitätspakt unter Einrechnung der Ergebnisse der übrigen Körperschaften erfüllen.

Hohes Haus! Diese Eckdaten zeigen, dass mit dem vorgelegten Landesvoranschlag 2006 alle budgetpolitischen Zielsetzungen erfüllt sind, nämlich ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden und ein zufrieden stellendes Maastricht-Ergebnis.

Um dieses Ergebnis zu erreichen, haben wir die Strategie der Budgeterstellung heuer umgestellt. Durch den Vergleich der Anforderungen aus den einzelnen Ressorts mit den Rechnungsabschlüssen der vergangenen vier Jahre konnten wir eine höhere Budgetwahrheit erreichen.

Aufgrund dieses Vergleichs wurden bereits im Vorfeld der Regierungsverhandlungen Kürzungsvorschläge seitens der Finanzabteilung ausgearbeitet.

Ich denke, dass sich dieses System bewährt hat. So haben wir in jenen Bereichen mehr Mittel bereitgestellt, wo es notwendig war und dort Kürzungen vorgenommen, wo es ohne Qualitätsverlust verkraftbar ist.

Dementsprechend erfüllt der vorliegende Budgetentwurf die Anforderungen der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit und stellt trotzdem sicher, dass das Burgenland auch in Zukunft seine Verpflichtungen und Ziele in voller Qualität erfüllen kann. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Finanzreferent des Landes darf ich Ihnen den Landesvoranschlag für 2006 vorlegen. Ich bin zwar hauptverantwortlich für dessen Erstellung, doch waren viele andere daran maßgeblich beteiligt.

Meinen Dank richte ich insbesondere an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl, sowie an meine Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank. Durch den gemeinsamen Willen zur Umsetzung und Finanzierung des Regierungsprogramms war es uns möglich, diesen Voranschlag zu erstellen.

Trotz mitunter sehr harter Verhandlungsrunden haben wir das uns gesteckte Ziel nicht aus den Augen verloren und so unsere Gespräche zu einem guten Ergebnis führen können.

Gemeinsam ist es uns gelungen, den sechsten ausgeglichenen Landesvoranschlag in Folge zu erarbeiten. Das war vor dem Hintergrund der nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht so selbstverständlich.



Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes der Burgenländischen Landesregierung in den einzelnen Abteilungen, die an der Gestaltung dieses Landesvoranschlages mitgewirkt haben. Ebenso danke ich allen Beschäftigten im Landesdienst für den verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen. Sie leisten damit ihren Beitrag zur Gestaltung und Weiterentwicklung unseres Landes.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzabteilung sowie meines Büros möchte ich besonders hervorheben. Sie haben auch heuer wieder ihre wertvolle Erfahrung und langjährig erprobtes Wissen aber noch mehr Zeit und Energie in die Erstellung dieses Budget eingebracht.

Ein besonderer Dank gilt jenen Menschen, die durch ihre Leistungen und ihre tägliche Arbeit unser Land mitgestalten. Sie haben einen entscheidenden Anteil am weiteren Aufstieg unseres Landes.

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Große Herausforderungen stehen an. Ich lade Sie ein, sie mit uns gemeinsam anzunehmen und für unser Land umsichtig zu meistern. Der Beschluss und die Umsetzung des Budgets für 2006 sowie des Finanzplanes für die kommenden fünf Jahre ist ein erster Schritt dazu.

Wir haben uns bemüht, in einem schwierigen Umfeld ein ausgeglichenes Budget, wie wir es in der Regierungsvereinbarung angestrebt haben, mit den Zielen der Sparsamkeit und der Zweckmäßigkeit zu erstellen.

Ich darf Sie daher ersuchen, den Voranschlag 2006 und den Finanzplan eingehend zu studieren, zu diskutieren und dann in zwei Wochen Ihre Zustimmung zu erteilen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Walter Prior:** Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten. Die Regierungsvorlagen Zahl 19 - 12, Beilage 12, Zahl 19 - 13, Beilage 13, und Zahl 19 - 14, Beilage 14, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 19 - 15, Beilage 15, und Zahl 19 - 18, Beilage 18, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 19 - 19, Beilage 19, und den selbständigen Antrag Zahl 19 - 20, Beilage 20, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 19 - 16, Beilage 16, und Zahl 19 - 17, Beilage 17, weise ich dem Landeskontrollausschuss

und die Petition E 4 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Montag, den 19. Dezember 2005, vorgesehen ist.

Außerdem möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz nach der Eröffnung der Ausstellung um 11 Uhr 15 Minuten in meinem Büro stattfindet.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

**Schluss der Sitzung: 10 Uhr 52 Minuten**